
Nummer 47/48, 28. November 2025, Seite 309

Inhaltsverzeichnis:

Allgemeinverfügung- Betriebszeiten Stadtmarkt Weihnachten und Neujahr 2025

Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Augsburg (BGSE)

Ortsübliche Bekanntmachung über die Auslegung der wasserrechtlichen Bewilligung vom 13.11.2025 für den Betrieb der Wasserkraftanlage „T 3“ am Lochbach

Ortsübliche Bekanntmachung über die Auslegung der wasserrechtlichen Bewilligung vom 01.12.2025 für den Betrieb der Wasserkraftanlage „T 24“ am Neubach

Ortsübliche Bekanntmachung über die Auslegung der wasserrechtlichen Bewilligung vom 27.11.2025 für den Betrieb der Vertikalfilterbrunnen 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312 und 3313 sowie der Schachtbrunnen 3409, 3410, 3412 und 3413 im Gewinnungsgebiet Lochbach, Gemarkung Augsburg

Widerspruchsmöglichkeit zur Weitergabe von Meldedaten

Richtlinie zur Ausreichung der Zuwendungen aus der U3-Bundesmittelrichtlinie an die Träger von Kindertageseinrichtungen mit U3-Plätzen im Stadtgebiet Augsburg (Förderrichtlinie U3)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 des AWS

Aufstufung eines Teilstücks des Gehwegs von der Bärenstraße zur Wertinger Straße zur Ortsstraße

Umstufung eines Teilstücks des Gehwegs von der Bärenstraße zur Wertinger Straße zum Geh- und Radweg

Öffentliche Bekanntmachung eines Vorbescheides gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

Allgemeinverfügung- Betriebszeiten Stadtmarkt Weihnachten und Neujahr 2025

Die Stadt Augsburg, vertreten durch das Referat für Wirtschaft, Arbeit, Smart City, Liegenschaften und Marktwesen, erlässt gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung den Stadtmarkt Augsburg vom 10.06.2009 (ABl. vom 26.06.2009, S. 147) folgende

Allgemeinverfügung

1. Der Stadtmarkt weicht am 24. Dezember 2025 und 31. Dezember 2025 von seinen üblichen Öffnungszeiten wie folgt ab:

Die Betriebszeiten des Stadtmarktes sind

am 24. Dezember 2025 07:00 Uhr bis 13:00 Uhr

am 31. Dezember 2025 07:00 Uhr bis 13:00 Uhr

2. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Begründung der Allgemeinverfügung:

Abweichend von den regulären Verkaufszeiten gemäß § 11 Abs. 1 ist der Stadtmarkt an den bevorstehenden Feiertagen Heiligabend und Silvester verkürzt geöffnet.

Die verkürzten Öffnungszeiten sind notwendig, um den besonderen Umständen der Feiertage Rechnung zu tragen und den Mitarbeitenden sowie Besuchern die Möglichkeit zu geben, den Heiligabend und den Jahreswechsel im familiären Kreis zu verbringen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann einzelfallbezogen **innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg
Postanschrift: Bay. Verwaltungsgericht Augsburg, Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Hausanschrift: Bay. Verwaltungsgericht Augsburg, Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen¹ Form.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Augsburg, 86143 Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

¹ Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
 Ab dem 01.01.2022 muss der in § 55 d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.“

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren weitgehend abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Augsburg, den 13.11.2025

Stadt Augsburg
 Referat für Wirtschaft, Arbeit, Smart City, Liegenschaften und Marktwesen

Dr. Wolfgang Hübschle
 Berufsmäßiger Stadtrat

BEITRAGS- UND GEBÜHRENSATZUNG ZUR ENTWÄSSERUNGSSATZUNG DER STADT AUGSBURG (BGSE) vom 01.10.2025

Auf Grund von Art. 2, 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Stadt Augsburg folgende Satzung:

Erster Teil

Beiträge

§ 1 Beitragserhebung

Die Stadt Augsburg erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung (§ 1 Entwässerungssatzung) innerhalb des Betriebsgebietes (§ 23) einen Beitrag.

§ 2 Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare, gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare Grundstücke erhoben sowie für Grundstücke und befestigte Flächen, die keine entsprechende Nutzungsmöglichkeit aufweisen, auf denen aber tatsächlich Abwasser (§ 3 Nr. 1 Entwässerungssatzung) anfällt, wenn

1. für sie nach § 4 Entwässerungssatzung ein Recht zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtung besteht.
2. sie – auch aufgrund einer Sondervereinbarung nach § 7 Entwässerungssatzung - an die Entwässerungseinrichtung tatsächlich angeschlossen werden.

§ 3 Entstehung der Beitragsschuld

(1) ¹Die Beitragsschuld (§ 5 Abs. 1) entsteht im Falle des

1. § 2 Nr. 1, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden kann
2. § 2 Nr. 2, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen ist.

²Für Grundstücke in Umlegungsgebieten entsteht im Falle Nr. 1 der Anspruch erst nach Rechtskraft des Umlegungsbeschlusses.

³Wird erstmals eine wirksame Satzung erlassen und ist der Beitragstatbestand vor dem Inkrafttreten dieser Satzung erfüllt, entsteht der Beitragsanspruch erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

§ 4 Beitragsschuldner

¹Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Beitragsanspruches Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigter ist. ²Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 5 Beitragsmaßstab

(1) Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet.

(2) Bei anschließbaren Grundstücken, von denen nach den einschlägigen Vorschriften (Bebauungspläne, Entwässerungssatzung) Niederschlagswasser (§ 3 Nr. 1 Satz 1 Entwässerungssatzung) in die Entwässerungseinrichtung eingeleitet werden darf, wird der Grundstücksflächenbeitrag wie folgt berechnet:

1. ¹Grundstücke sind mit der gesamten Fläche beitragspflichtig, sofern von allen dafür in Frage kommenden bebauten oder befestigten Flächen Niederschlagswasser in die Einrichtung eingeleitet werden darf. ²Beschränkt sich das Einleitungsrecht von Niederschlagswasser nur auf einen Grundstücksteil, so ist die Grundstücksfläche nur mit dem Vom-Hundert-Satz beitragspflichtig, der dem Anteil der bebauten und/oder befestigten Einleitungsflächen an der bebaubaren Grundstücksfläche entspricht. ³Die bebaubare Grundstücksfläche ergibt sich aus der Multiplikation der Grundstücksfläche mit der im Bebauungsplan festgesetzten Grundstücksflächenzahl (GRZ). ⁴Fehlt die entsprechende Festsetzung, ermittelt sich die Grundflächenzahl nach der in der näheren Umgebung gem. § 34 BauGB vorhandenen Bebauung.

2. Die beitragspflichtige Grundstücksfläche wird bei Grundstücken von mindestens 2.500 m² Fläche (übergroße Grundstücke) in unbeplanten Gebieten bei bebauten Grundstücken auf das dreifache der beitragspflichtigen Geschossfläche, mindestens jedoch 2.500 m², bei unbebauten Grundstücken auf 2.500 m² begrenzt.

(3) Ein Geschossflächenbeitrag fällt für bebaute (Nr. 1) und unbebaute Grundstücke (Nr. 2) an.

1. ¹Die Geschossflächen bebauter Grundstücke werden in allen Geschossen nach dem Außenmaß des Gebäudes ermittelt. ²Keller werden mit voller Fläche herangezogen. ³Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind. ⁴Balkone, Loggien, Terrassen und ähnliche Bauteile bleiben außer Ansatz. ⁵Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Schmutzwasserableitung auslösen oder nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht zum Geschossflächenbeitrag herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die tatsächlich an die Schmutzwasserableitung angeschlossen sind.

2. ¹Bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken sowie bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, wird die Geschossfläche aus 3/10 der Grundstücksfläche berechnet, sofern ein entsprechendes Bauvorhaben ausgeführt werden kann (fiktive Geschossfläche). ²Ist im Einzelfall nur eine geringere Geschossfläche erreichbar, ist diese maßgebend.

(4) ¹Ein zusätzlicher Beitrag entsteht mit der nachträglichen Änderung der für die Beitragsbemessung maßgeblichen Umstände, soweit sich dadurch der Vorteil erhöht.

²Eine Beitragspflicht entsteht insbesondere,

- bei späterer Bebauung eines nur mit der fiktiven Geschossfläche berechneten Grundstücks (§ 5 Abs. 3 Nr. 2) in der Höhe der Differenz zwischen tatsächlich geschaffener und fiktiver Geschossfläche. Ergibt die Gegenüberstellung ein Weniger an Geschossflächen, so ist für die Berechnung des Erstattungsbetrages auf den Beitragsatz abzustellen, nach dem der ursprüngliche Beitrag entrichtet wurde.
- im Falle der Geschossflächenvergrößerung für die zusätzlich geschaffene Geschossfläche.

- im Falle der Nutzungsänderung eines bisher beitragsfreien Gebäudes oder Gebäudeteils im Sinne des § 5 Abs. 3 Satz 5 BGSE, soweit infolge der Nutzungsänderung die Voraussetzungen für die Beitragsfreiheit entfallen
- Im Falle der Vergrößerung eines Grundstücks für die zusätzlichen Flächen, soweit für diese bisher noch keine Beiträge geleistet wurden
- im Falle einer Erhöhung des Einleitungsrechts für Niederschlagswasser
- wenn Grundstücke im Nachhinein Niederschlagswasser in die Entwässerungseinrichtung einleiten dürfen.
- bei nachträglicher Änderung der Grundstücksfläche
- bei Vergrößerung der abflussrelevanten Flächen

³Der Beitrag entsteht mit Abschluss der Maßnahme. ⁵Vor dem 01.01.1973 im ehemaligen Stadtgebiet Augsburg ohne die Ortsteile Haunstetten, Göggingen, Bergheim, Inningen und St.-Anton-Siedlung errichtete und danach entfernte Geschossflächen werden im Falle einer erneuten Bebauung mit der Fläche in Abzug gebracht, die sich für einen Beitragsanspruch nach der Beitrags- und Gebührensatzung in der Fassung vom 20.12.1996 ergeben hätte, sofern die entsprechenden Grundstücke zum 01.01.1973 an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen waren.

§ 6 Beitragssatz

(1) Der Beitragssatz beträgt

- | | | |
|----|-------------------------------------|-----------|
| 1. | Je m ² Grundstücksfläche | 1,02 Euro |
| 2. | Je m ² Geschossfläche | 6,90 Euro |

(2) Für Grundstücke, von denen kein Niederschlagswasser eingeleitet werden darf, wird der Grundstücksflächenbeitrag nicht erhoben.

§ 7 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 8 Ablösung, städtebauliche Verträge

(1) ¹Der Beitrag kann vor Entstehung des Anspruches abgelöst werden (Art. 5 Abs. 9 KAG). ²Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht. ³Die Höhe des Ablösungsbetrages richtet sich nach der Höhe des nach Maßgabe der Satzung entstehenden Beitrages.

(2) ¹Werden der öffentlichen Einrichtung zuzurechnende Kanäle auf Grundlage eines städtebaulichen Vertrages, insbesondere eines Erschließungsvertrages von Dritten hergestellt und an die Stadt Augsburg übereignet, ohne dass der Stadt Augsburg hierfür Kosten im Sinne von § 1 BGSE entstehen, so entstehen für Grundstücke insoweit keine Beiträge, als sie über die auf Grundlage des Vertrags hergestellten Kanäle an die öffentliche Einrichtung angeschlossen werden. ²Beitragspflichten nach § 3 Abs. 2, § 5 BGSE bleiben unberührt, sofern keine vertragliche Regelung hierüber getroffen wurde.

Zweiter Teil

§ 9 Erstattung des Aufwands für Grundstücksanschlüsse

(1) Der Aufwand für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse im Sinn des § 3 EWS ist mit Ausnahme des Aufwands, der auf die im öffentlichen Straßengrund liegenden Teile der Grundstücksanschlüsse entfällt, in der jeweils tatsächlichen Höhe zu erstatten.

(2) ¹Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme. ²Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Erstattungsanspruches Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist. ³Mehrere Zahlungspflichtige sind Gesamtschuldner.

(3) ¹Der Erstattungsanspruch kann vor seinem Entstehen abgelöst werden. ²Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Erstattungsanspruches. ³Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

(4) Der Erstattungsanspruch wird einen Monat nach Bekanntgabe des Leistungsbescheides fällig.

Dritter Teil

Gebühren

§ 10 Gebührentatbestände

¹Die Stadt Augsburg erhebt für die Benutzung der städtischen Entwässerungseinrichtung innerhalb des Betriebsgebietes (§ 23) Gebühren für die Schmutzwasser- (§§ 11 und 12, §§ 16-22), Niederschlagswasser- (§§ 11 und 13, §§ 16, 17 sowie §§ 19-22) und Grundwassereinleitung (§§ 11 und 14, §§ 16, 17 sowie §§ 19-22). ²Ferner werden Gebühren erhoben für den vorübergehenden Anschluss von Sanitäreinrichtungen (§ 11, § 12 Abs. 6, §§ 16, 17 sowie §§ 19-22) und für die Behandlung des abgelieferten Inhalts von Abortgruben und Grundstücks-Kläranlagen (§§ 11 und 15, §§ 16, 17 sowie §§ 19-22).

§ 11 Gebührenschuldner

(1) ¹Schuldner der Gebühren für die Schmutz- und Niederschlagswassereinleitung (§§ 12 und 13) ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des jeweiligen Gebührenanspruches Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigter ist. ²Gebührenschildner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes. ³Gebührenschildner ist ferner auch, wer nach Eintragung einer

Auflassungsvormerkung in das Grundbuch das Grundstück wie ein Eigentümer besitzt, also insbesondere das Gebäude entweder selbst nutzt oder die Miet- bzw. Pachteinahmen des Grundstücks bezieht. ⁴Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

(2) ¹Schuldner der Gebühr für vorübergehend angeschlossene Sanitäreinrichtungen (§ 12 Abs. 6) ist, wer die Einrichtung an die städtische Entwässerungseinrichtung anschließt. ²Schuldner ist auch derjenige, in dessen Interesse der Anschluss erfolgt.

(3) ¹Schuldner der Gebühr für die vorübergehende Einleitung von Grundwasser in die städtische Entwässerungseinrichtung (§ 14) ist, wer den Antrag auf Einleitungsgenehmigung (§ 15 Abs. 7 Satz 2 EWS) stellt. ²Gebührenschildner ist auch derjenige, in dessen Interesse die Einleitung erfolgt (insbesondere der Eigentümer des betroffenen Grundstücks).

(4) Schuldner der Gebühr für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen (§ 15) ist der Anlieferer.

§ 12 Gebührenmaßstab Schmutzwassereinleitung

(1) Die Entwässerungsgebühr für die Schmutzwassereinleitung bemisst sich außer in den Fällen des Abs. 7 (vorübergehend angeschlossene Sanitäreinrichtungen) nach der Schmutzwassermenge (§ 3 Nr. 1 EWS), die der öffentlichen Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird.

(2) ¹Wird die dem Kanalnetz zugeleitete Schmutzwassermenge nicht durch vorhandene Abwassermengenmesseinrichtungen nachgewiesen, gelten die dem Grundstück zugeführten Frischwassermengen abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen als Schmutzwasser.

²Bei Messung der dem Kanalnetz zugeleiteten Schmutzwassermenge durch Abwassermengenmesseinrichtungen sind diese durch den Betreiber gemäß Bedienungs- und Wartungsanleitung des Herstellers regelmäßig zu warten und auf die Funktionalität zu prüfen.

³Sofern für den ordnungsgemäßen Betrieb der Messeinrichtung erforderlich, ist auf Anordnung der Stadt in Abstimmung mit dem Hersteller eine auf die Messeinrichtung und den Messort abgestimmte Wartungsanweisung zu erstellen. ⁴Die Messwerte sind regelmäßig (mindestens monatlich) auf Plausibilität zu prüfen. ⁵Alle Wartungsarbeiten, Funktionskontrollen und Störungen sowie das Ergebnis der Plausibilitätsprüfung der Messdaten sind in einem Betriebsbuch zu dokumentieren. ⁶Bei fehlerhaftem Betrieb hat der Betreiber die Messeinrichtung unverzüglich durch geschultes Fachpersonal instand setzen zu lassen.

⁷Die Wartungsanleitung bzw. -anweisung und das Betriebsbuch sind der Stadt auf Verlangen vorzulegen. ⁸Bei längerfristigen Ausfällen der Messeinrichtung (≥ 10 Stunden) ist die Ermittlung der Schmutzwassermenge während der Ausfallzeiten mit der Stadt abzustimmen. ⁹Der Nachweis der Messgenauigkeit hat durch den jährlichen Kundendienst des Herstellers im Rahmen eines Wartungsvertrags sowie alle 5 Jahre durch Kalibrierung durch den Hersteller bzw. einen zugelassenen Sachverständigen oder durch Vergleichsmessung mit einem geeigneten Kontrollmessverfahren zu erfolgen. ¹⁰Die Nachweise sind der Stadt Augsburg auf Verlangen vorzulegen.

(3) Die Schmutzwassermenge wird von der Stadt, ggf. unter Zuhilfenahme eigener mobiler Durchflussmesseinrichtungen, geschätzt, wenn

1. die Meldungen der dem Grundstück zugeführten Frischwassermengen und/oder der auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen nicht plausibel sind
2. der Zutritt zu den Durchflussmengenmesseinrichtungen nicht ermöglicht wird oder
3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Durchflussmengenmesseinrichtungen den wirklichen Durchfluss nicht angeben.

(4) ¹Als Frischwasser gilt das von den Stadtwerken bezogene, das aus Eigenwasserversorgungsanlagen geförderte und das dem Grundstück sonst (z. B. aus Gewässern oder Zisternen) zugeführte Wasser. ²Eigengeforderte und dem Grundstück sonst zugeleitete Mengen sind durch geeichte und plombierte Messeinrichtungen (Eichgültigkeitsdauer 6 Jahre) nachzuweisen, die die Gebührenschuldner auf eigene Kosten zu beschaffen, einzubauen und zu unterhalten haben. ³Die Einbaustelle einer solchen Messeinrichtung ist in Absprache mit dem Gebührenschuldner durch eine entsprechende Fachfirma und die Stadt zu bestimmen. ⁴Den Beauftragten der Stadt ist Zutritt zur gesamten Versorgungsanlage zu gewähren und die Überprüfung und Ablesung der Messeinrichtungen zu gestatten. ⁵Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, Veränderungen an den Messeinrichtungen, Entfernen, Auswechseln und Einbau derselben sowie Stilllegung und Wiederinbetriebnahme der Eigenwasserförderungsanlagen der Stadt unverzüglich schriftlich anzuzeigen. ⁶Der Betreiber haftet wegen eventueller Beschädigungen von Plomben nach den zivilrechtlichen Bestimmungen (§§ 823 ff. BGB). ⁷Die strafrechtliche Verantwortlichkeit nach §§ 263, 267 und 303 StGB bleibt unberührt. ⁸Lässt sich die Wassermenge aus Eigenwasserversorgungsanlagen nicht messen, so wird sie von der Stadt geschätzt. ⁹Ist keine geeignete Messeinrichtung vorhanden, und erfolgt die gesamte Wasserversorgung über die Eigenwasserversorgungsanlage, so wird je Bewohner eine Menge von 44 m³/Jahr angesetzt. ¹⁰Wird Wasser der Eigenwasserversorgungsanlage ohne geeignete Messeinrichtung für die Toilettenspülung zugeführt, werden pauschal 15 m³/Jahr und Bewohner angesetzt. ¹¹Schätzungen können auch anhand von Erfahrungszahlen für den Verbrauch bei Grundstücken ähnlicher Nutzung erfolgen.

(5) ¹Zugeleitete Frischwassermengen, die nicht in die Entwässerungseinrichtung gelangen, werden auf schriftlichen Antrag abgesetzt, sofern der Verbleib dieser Mengen ausreichend nachgewiesen wird (z. B. Wasser, das zur Gartenbewässerung oder Viehtränkung verwendet wird, verdunstet, verdampft, in Produkte eingeht (z. B. Mehl, Baustoffe), in Reststoffen verbleibt, versickert oder in Gewässer eingeleitet wird). ²Der Nachweis ist durch geeichte (Eichgültigkeit 6 Jahre) und verplombte Messeinrichtungen zu führen, die die Gebührenschuldner auf eigene Kosten zu beschaffen, einzubauen und zu unterhalten haben. ³Den Beauftragten der Stadt ist die Überprüfung und Ablesung der Messeinrichtungen zu gestatten. ⁴Ist auf diese Weise ein Nachweis nicht möglich, können anerkannte Erfahrungswerte oder Sachverständigengutachten herangezogen werden. ⁵Absetzungsanträge müssen sich auf den jeweiligen Veranlagungszeitraum (§ 18 Abs. 1) beziehen und sollen so rechtzeitig bei der Stadt gestellt werden, dass ihr Ergebnis bei der zeitraumbezogenen Gebührenfestsetzung berücksichtigt werden kann (z. B. zum Ablesetermin der Frischwasserzähler durch die Stadtwerke).

⁶Vom Abzug ausgeschlossen ist:

- hauswirtschaftlich genutztes
- zum Speisen von Heizungsanlagen verbrauchtes Wasser.

⁷Der Abzug ist insoweit begrenzt, als der Wasserverbrauch 44 m³ pro Jahr und Einwohner, der mit Wohnsitz auf dem heranzuziehenden Grundstück gemeldet ist, unterschreiten würde. ⁷In begründeten Einzelfällen sind ergänzende höhere Schätzungen möglich.

(6) ¹Werden die der Entwässerungseinrichtung zugeleiteten Abwassermengen durch vorhandene Abwassermengenmesseinrichtungen gemessen, die Niederschlagswasser vollständig miterfassen, ergibt sich die gebührenpflichtige Schmutzwassermenge aus der Differenz zwischen der gemessenen Abwassermenge und dem darin enthaltenen Niederschlagswasser. ²Miterfasstes Niederschlagswasser wird bei der Schmutzwassergebührenberechnung mit einer Durchschnittsmenge von jährlich 700 l pro m² anrechenbare Fläche (§ 13 Abs. 1) in Abzug gebracht. ³Wird Niederschlagswasser nicht vollständig miterfasst, gilt die gemessene Menge als eingeleitetes Schmutzwasser.

(7) Bei vorübergehend angeschlossenen Sanitäreinrichtungen (z. B. Baustellenwagen mit Toiletten, Toilettenwagen u. ä.) wird die Gebühr nach der Zahl der angeschlossenen Spültoiletten berechnet.

§ 13 Gebührenmaßstab Niederschlagswassereinleitung

(1) ¹Die Gebühr für die Niederschlagswassereinleitung bemisst sich nach den überbauten oder befestigten Quadratmeterflächen der Grundstücke, von denen Niederschlagswasser (§ 3 Abs. 1 EWS) unmittelbar oder mittelbar in die städtische Entwässerungseinrichtung abfließen kann. ²Als überbaute oder befestigte Fläche gilt die mit dem jeweils zugeordneten Gebietsabflussbeiwert multiplizierte Grundstücksfläche (reduzierte Grundstücksfläche). ³Die reduzierte Grundstücksfläche kann widerlegt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die tatsächlich bebaute oder befestigte Fläche, von der Niederschlagswasser eingeleitet wird, um mindestens 20 v. H. oder 300 m² abweicht. ⁴Der Nachweis ist dadurch zu führen, dass die Antragsteller anhand einer Planskizze die einzelnen Flächen mit Niederschlagswassereinleitung genau bezeichnen und ihre Größe angeben. ⁵Der Antrag des Gebührenschuldners, die Gebühr nach der tatsächlich bebauten und befestigten Fläche zu berechnen, ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsbelehrungsfrist für den Gebührenbescheid zu stellen. ⁶Anträge, die nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist eingehen, werden ab dem Veranlagungszeitraum, in dem der Antrag eingeht, berücksichtigt. ⁷Wird von einem Grundstück Niederschlagswasser eingeleitet, für das in der Abflussbeiwertkarte kein Gebietsabflussbeiwert festgesetzt ist (Abflussbeiwert = 0,0), bemisst sich die Gebühr nach der tatsächlich überbauten oder befestigten Fläche, von der aus Niederschlagswasser eingeleitet wird oder abfließt. ⁸Der für die tatsächlich überbauten oder befestigten Flächen festzusetzende Abflusswert ergibt sich aus der der Satzung als Anlage beigefügten Tabelle „Abflusswerte zur Ermittlung der für die Gebühr für Niederschlagswassereinleitung festzusetzenden tatsächlichen Flächen“ (Anlage 1).

(2) ¹Der für das jeweilige Grundstück maßgebliche Gebietsabflussbeiwert ergibt sich aus den Eintragungen in der Abflussbeiwertkarte 1994, die als Bestandteil dieser Satzung (Anlage 2*) veröffentlicht ist. ²Der Gebietsabflussbeiwert gibt den statistisch zu erwartenden Anteil der bebauten oder befestigten Flächen an der Gesamtgrundstücksfläche an. ³Er stellt einen Mittelwert aus der umliegenden Bebauung dar und beruht im Wesentlichen auf der Grundflächenzahl der Grundstücke. ⁴Er beträgt 0,2 (insbesondere in Zonen mit lockerer Einzel- oder Reihenhausbauung), 0,4 (insbesondere in Zonen mit dichter Einzel-, Reihenhaus- oder Zeilenbauung), 0,6 (insbesondere bei dichter Bebauung in den Randzonen der Innenstadt oder bei Mischbebauung) und 0,9 (insbesondere im Altstadt-, Kern- oder Gewerbegebiet).

§ 14 Gebührenmaßstab Grundwassereinleitung

¹Die Gebühr für die genehmigte Einleitung von Grundwasser in die Entwässerungseinrichtung (insbesondere zum Zwecke einer Grundwasserabsenkung bei Baumaßnahmen oder bei Grundwassersanierungsmaßnahmen) bemisst sich nach der Einleitungsmenge. ²Die Einleitungsmenge wird bei Grundwasserabsenkungen nach Dauer und Kapazität der eingesetzten Förderpumpen berechnet bzw. ist durch geeichte Messeinrichtungen im Einvernehmen mit der Stadt Augsburg nachzuweisen. ³Hierzu ist vom Gebührenschuldner ein bei der Stadt erhältlich Formblatt laufend zu führen und nach Beendigung der Einleitung vorzulegen. ⁴Wird ein ordnungsgemäßer Nachweis über Art und Umfang der Grundwassereinleitung nicht erbracht, kann die Einleitungsmenge geschätzt werden.

§ 15 Gebührenmaßstab Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen

Die Gebühr für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen bemisst sich nach dem Rauminhalt der Fäkalabwässer, die von den Entsorgungsfahrzeugen angeliefert werden.

§ 16 Gebührensätze

(1) ¹Der Gebührensatz für Schmutzwassereinleitung (§ 12) beträgt 2,05 €/m³, bei degressiver Gebührenbemessung (Abs. 2) für die – bezogen auf die Jahresabwassermenge - 10.000 m³ übersteigende Menge 1,64 €/m³. ²Beträgt der Bemessungszeitraum weniger als ein Jahr, wird die Basismenge (10.000 m³) zeitanteilig eingebracht.

(2) ¹Bei gewerblichen Betrieben wird der Gebührensatz für die Dauer von fünf Jahren, für die jährlich 10.000 m³ übersteigende Menge degressiv bemessen, wenn der Betrieb Sparvorkehrungen (Abs. 3) getroffen hat. ²Gewerbliche Betriebe sind Unternehmen im Sinne des Gewerberechts und Gewerbesteuerrechts, aber auch Einrichtungen, die einem Gewerbebetrieb im engeren Sinne darin entsprechen, dass sie im Vergleich zur Wohnnutzung die städtische Entwässerungseinrichtung intensiver in Anspruch nehmen, weil sie ebenfalls erhebliche Abwassermengen einleiten und Sparerfolge deshalb einen schonenden sparsamen Umgang mit Wasser besonders fördern.

(3) ¹Wassereinsparungen müssen sich aus dem Betriebsablauf ergeben (insbesondere Wiederaufbereitung von Brauchwasser, Kreislaufführung z. B. für Kühlwasser oder Änderungen im Produktionsverfahren z. B. Rationalisierungsmaßnahmen) und zu einer Abnahme des Schmutzwasseranfalls von wenigstens 10 v. H. führen. ²Die erforderliche Abnahme des Schmutzwasseranfalls kann nachgewiesen werden durch eine deutliche Verringerung der jährlichen Einleitungsmenge oder durch Bezifferung einzelner Sparerfolge innerhalb bestimmter Betriebsabläufe, die ggf. durch Sachverständigengutachten abgesichert sein müssen.

(4) Der Gebührensatz für vorübergehend angeschlossene Sanitäreinrichtungen (§ 12 Abs. 6) beträgt je Spültoilette und angefangenen Monat 15,34 €.

(5) Der Gebührensatz für die Niederschlagswassereinleitung (§ 13) beträgt 0,84 €/m²/Jahr.

(6) Der Gebührensatz für die vorübergehende Einleitung von Grundwasser in die Entwässerungseinrichtung (§ 14) beträgt 0,84 €/m³.

(7) Der Gebührensatz für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen (§ 15) beträgt 18,00 €/m³.

§ 17 Entstehung des Gebührenanspruchs

- (1) ¹Der Gebührenanspruch für die verbrauchabhängige Schmutzwassereinleitung entsteht mit jeder Einleitung in die städtische Entwässerungseinrichtung. ²Der Vorauszahlungsanspruch für die Schmutzwassereinleitung (§ 18 Abs. 2) entsteht mit der Anforderung. ³Der Anspruch für den vorübergehenden Anschluss von Sanitäreinrichtungen entsteht erstmals mit dem Tag, der auf den Zeitpunkt des betriebsbereiten Anschlusses folgt; im Übrigen entsteht der Anspruch mit dem Beginn jeden weiteren Monats neu, in dem die Sanitäreinrichtung angeschlossen ist.
- (2) ¹Der Gebührenanspruch für die Niederschlagswassereinleitung entsteht bei Neuanschlüssen und Änderungen der persönlichen Gebührenpflicht zu Beginn des Monats, in dem Niederschlagswasser vom Grundstück in die Kanalisation abfließen kann, in Höhe der vollen oder zeitlich reduzierten Vierteljahresgebühr. ²Im Übrigen entsteht der Anspruch mit Beginn des Kalendervierteljahres in Höhe eines Viertels der Jahresgebühr neu, auflösend oder teilauflösend bedingt mit Ablauf des Monats, in dem das Grundstück von der städtischen Entwässerungseinrichtung ganz oder teilweise getrennt wird bzw. die persönliche Gebührenpflicht endet. ³Wird die befestigte Grundstücksfläche mit Regenwassereinleitung in den Kanal vergrößert, entsteht der Anspruch für die hinzugekommene Fläche nach Satz 1.
- (3) Der Gebührenanspruch für die Grundwassereinleitung entsteht mit jeder Einleitung in die städtische Entwässerungseinrichtung.
- (4) Der Gebührenanspruch für die Anlieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen entsteht mit der Entleerung der Fahrzeuge zum Zwecke der Fäkalabwasserbehandlung in der städtischen Entwässerungseinrichtung.

§ 18 Erhebungszeitraum, Vorauszahlungen Schmutzwassereinleitung

- (1) ¹Die Gebühr für die Schmutzwassereinleitung wird in der Regel jährlich erhoben. ²Der Erhebungszeitraum für Grundstücke, die Frischwasser ausschließlich von den Stadtwerken beziehen, entspricht dem Zeitraum, den die Stadtwerke für die Ablesung der Wasserzähler bestimmt haben. ³Werden Wassermengen selbst gefördert oder wird die Gebühr degressiv bemessen (§ 16 Abs. 2), ist Erhebungszeitraum das Kalenderjahr.
- (2) ¹Auf den Gebührenanspruch nach Abs. 1 sind Vorauszahlungen zu entrichten. ²Grundlage der Vorauszahlungen ist die spätere Einleitungsmenge. ³Diese wird mit der zuletzt festgestellten Schmutzwassermenge angenommen, die Grundlage einer Gebührenfestsetzung war. ⁴Fehlt eine Festsetzung, oder entspricht die zuletzt festgestellte Einleitungsmenge nicht mehr den künftigen Verhältnissen, wird die Schmutzwassermenge für die Vorauszahlungsfestsetzung von der Stadt geschätzt.

§ 19 Fälligkeiten

- (1) ¹Die Einleitung wird jährlich abgerechnet. ²Die Gebührenansprüche werden einen Monat nach Bekanntgabe der Gebührenbescheide fällig.
- (2) ¹Abweichend von Abs. 1 werden die jeweils das Kalendervierteljahr betreffenden Vorauszahlungsansprüche für die Schmutzwassereinleitung und die Ansprüche für die Niederschlagswassereinleitung zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. fällig. ²Auf Antrag kann auch jährliche Zahlungsfälligkeit zum 01.07. des Jahres eingeräumt werden.

Vierter Teil

Gemeinsame Vorschriften § 20 Öffentliche Last

- (1) ¹Beiträge sind öffentliche Lasten des Grundstücks (Art. 5 Abs. 7 KAG). ²Zur Realisierung des Anspruches kann das Grundstück bevorrechtigt verwertet werden (§ 77 AO, § 10 Nr. 3 ZVG).
- (2) ¹Schmutz- (§ 12 BGSE), Niederschlags- (§ 13 BGSE) und Grundwassereinleitungsgebührenansprüche (§ 14 BGSE) sind innerhalb der Benutzungs- und Gebührenschuldverhältnisse mit Grundstücks-, Wohnungs- und Teileigentümern sowie Erbbauberechtigten grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Lasten auf dem Grundstück, Wohnungs- und Teileigentum bzw. Erbbaurecht (Art. 8 Abs. 8 in Verbindung mit Art. 5 Abs. 7 KAG); die öffentliche Last erlischt nicht, solange die persönliche Schuld besteht. ²Der Duldungsbescheid, mit dem die öffentliche Last geltend gemacht wird, ist wie ein Leistungsbescheid zu vollstrecken.

§ 21 Pflichten der Beitrags- und Gebührenschuldner

- (1) Die Beitrags- und Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Abgabengläubigerin für die Abgabenhöhe maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen, auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen, Auskunft zu erteilen.
- (2) ¹Im Beitragsbereich sind die Fertigstellung, Nutzungsaufnahme bzw. Nutzungsänderung genehmigungspflichtiger und genehmigungsfreier Bauvorhaben unverzüglich anzuzeigen. ²Außerdem sind die Entfernung baulicher Anlagen, relevante Nutzungsänderungen (§ 3 Abs. 2 Satz 2) sowie nachträgliche Keller- und Dachausbauten mitzuteilen.
- (3) ¹Im Gebührenbereich sind unverzüglich insbesondere Eigentümerwechsel unter Angabe von Namen und Anschriften der Erwerber und des Termins, zu dem kaufvertraglich Besitz, Nutzungen und Lasten übergehen, mitzuteilen. ²Außerdem sind die eigengeforderten Wassermengen (§ 12 Abs. 2), die Zählerstände eingebauter Abwassermengenmesseinrichtungen (§ 12 Abs. 5), der Anschluss und die Entfernung vorübergehend angeschlossener Sanitäreinrichtungen (§ 12 Abs. 6), die Vergrößerung befestigter Flächen mit Regenwasserableitung in die Kanalisation (§ 13) und die vorübergehende Einleitung von Grundwassermengen in die Entwässerungseinrichtung (§ 14) anzuzeigen.

§ 22 Datenverarbeitung

- (1) ¹Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Feststellung der Abgaben nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten aus der Grundsteuerdatei, der Trinkwasser-/Frischwasserbezugsdatei der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH, dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde, der

zuständigen Meldebehörde und des Katasteramtes durch die Stadt zulässig. ²Die Stadt darf sich diese Daten von den zuständigen Dienststellen und Behörden und juristischen Personen des Privatrechts übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

(2) Die Stadtentwässerung Augsburg ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von Daten nach Abs. 1 ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

§ 23 Betriebsgebiet

¹Betriebsgebiet der städtischen Entwässerungseinrichtung ist zunächst das Hoheitsgebiet der Stadt Augsburg. ²Darüber hinaus erstreckt sich das Betriebsgebiet auch auf die nachfolgend aufgeführten Grundstücke in Nachbargemeinden. ³Durch wirksam mit der Stadt abgeschlossene Zweckvereinbarungen sind Aufgaben und Befugnisse (incl. Satzungsrecht) auf die Stadt Augsburg übertragen worden.

⁴Dies betrifft folgende Grundstücke:

- Zweckvereinbarung mit der Stadt Neusäß vom 21.10.1982 (RAB 1982 S. 155)
Fl.Nrn. 282/2, 282/3 und 282/4, alle Gemarkung Täferingen.
- Zweckvereinbarung mit der Stadt Stadtbergen vom 18.12.2009 (RAB 2010 S. 160)
Kriegshaber Straße: Fl. Nrn. 453/3, 453/4 und 453/18, jeweils Gemarkung Stadtbergen.
Nestackerweg: Fl. Nrn. 870, 870/3, 870/6, 870/8, 871/3 und 871/4, jeweils Gemarkung Stadtbergen.
Polkstraße: Fl. Nr. 499 und 1369, jeweils Gemarkung Stadtbergen
Ulmer Straße: Fl.Nr. 257,263/3, 265, 265/1, 265/2, 265/3, 265/13 und 266, jeweils Gemarkung Stadtbergen.
Ährenhof: Fl.Nrn. 827, 827/1, 827/2, 827/3, 828, 828/1, 828/2, 828/3, 829, 829/1, 829/2, 830, 830/4 und 830/6, jeweils Gemarkung Stadtbergen.
- Zweckvereinbarung mit den Städten Neusäß und Gersthofen (Güterverkehrszentrum) vom 19.02.2010 (RAB 2010 S. 155)

Im Gebiet der Stadt Gersthofen:

Grundstücke der Gemarkung Gersthofen mit den Flurnummern:

594/1, 594/2, 594/3, 594/4, 594/5, 594/6, 594/7, 594/8, 594/9, 594/10, 594/11, 594/12, 594/13, 594/14, 594/15, 594/16, 594/17, 594/18, 594/19, 594/20, 594/21, 594/22, 594/23, 594/24, 594/25, 594/26, 594/27, 594/28, 594/29, 594/30, 594/32, 594/33, 594/34, 594/35, 594/36, 594/37, 594/38, 594/39, 594/40, 494/41, 594/42, 594/43, 594/44, 594/45 und 594/46

Im Gebiet der Stadt Neusäß:

Grundstücke der Gemarkung Täferingen mit den Flurnummern

377/1, 377/2, 377/3, 377/4, 377/5, 377/6, 377/7, 377/8, 377/9, 377/10, 377/11, 377/12, 377/13, 377/14, 377/15, 377/16, 377/17, 377/18, 377/19 und 417/2.

§ 24 Inkrafttreten

¹Diese Satzung tritt am 01. Januar 2026 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Augsburg vom 14.11.2022, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Augsburg vom 23.12.2022, S. 396 außer Kraft.

Augsburg, 01.10.2025
Stadt Augsburg

gez.
Eva Weber
Oberbürgermeisterin

*) Die Abflussbeiwertkarte 1994 sowie die Auflistung der Abflusswerte sind auch im Internet auf der Homepage der Stadt Augsburg (<http://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/rathaus/stadtrecht/themenverzeichnis/>) unter 64 – Entwässerung veröffentlicht und können auch in den Räumlichkeiten der Stadtentwässerung Augsburg eingesehen werden

Anlage :
**ABFLUSSWERTE ZUR ERMITTLUNG DER FÜR DIE GEBÜHR FÜR NIEDER-SCHLAGSWASSEREINLEITUNG
FESTZUSETZENDEN TATSÄCHLICHEN FLÄCHEN**

Harmonisierung der Normen DIN 1986-100:2008-05 und DIN 1986-100:2016-12
sowie interne Festlegungen der Stadtentwässerung Augsburg. Anzuwenden ab 01.01.2017

Nr.	Art der Fläche	Abflusswert
1	Wasserundurchlässige Flächen z.B. <ul style="list-style-type: none"> - Dachflächen - Betonflächen - Rampen - Befestigte Flächen mit Fugendichtung - Schwarzdecken (Asphalt) - Pflaster mit Fugenverguss - Flachdach mit Kiesschüttung Begrünte Dachflächen <ul style="list-style-type: none"> - Intensivbegrünung, ab 30 cm Aufbaudicke ($\leq 5^\circ$) - Extensivbegrünung, ab 10 cm Aufbaudicke ($\leq 5^\circ$) - Extensivbegrünung, unter 10 cm Aufbaudicke ($\leq 5^\circ$) - Extensivbegrünung ($> 5^\circ$) 	 1,0 1,0 1,0 1,0 1,0 1,0 0,8 0,1 0,2 0,3 0,4
2	Teildurchlässige und schwach ableitende Flächen <ul style="list-style-type: none"> - Funktionspflaster z. B. Verbundsteine, i. d. R. mit engen Fugen, wie bisher in Einzelfällen bis - „Ökopflaster“ <ul style="list-style-type: none"> • mit Fugen, Sickerfläche > 9% bis 15% • mit Fugen, Sickerfläche > 15% • Filterstein, offenporig (mit Nachweis) - Rasengittersteine mit häufigen Verkehrsbelastungen, z. B. Parkplatz - Rasengittersteine ohne häufige Verkehrsbelastungen, z. B. Feuerwehrezufahrt - wassergebundene Flächen 	 0,5 0,7 0,4 0,25 0,25 0,2 0,1 0,7

**Ortsübliche Bekanntmachung über die Auslegung der wasserrechtlichen Bewilligung vom 13.11.2025 für
den Betrieb der Wasserkraftanlage „T 3“ am Lochbach**

Mit Bescheid vom 13.11.2025 (Az. 321-663002/142/16) wurde der Firma Sternbergwerk eGbR die wasserrechtliche Bewilligung zum Aufstauen der zufließenden Wassermenge des Lochbachs (ca. 3,0 m³/s) auf eine Höhe von 496,794 m ü. NN am bestehenden Wasserkraftwerk T 3, Ellensindstraße 33c, 86179 Augsburg, Flurnummern 219/10 und 80/5, je Gemarkung Haunstetten, zur Gewinnung elektrischer Energie erteilt.

Die Auslegung des Bescheids nebst Planunterlagen wird hiermit gemäß Art. 69 des Bayerischen Wassergesetzes in Verbindung mit Art. 74 Abs. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) ortsüblich bekannt gemacht.

- Der Bescheid und die Pläne mit Erläuterungen liegen in der Zeit vom 05.12.2025 bis einschließlich 19.12.2025 bei der Stadt Augsburg, Umweltamt, Schießgrabenstraße 4, 86150 Augsburg, 4. Obergeschoss, im Eingangsbereich, während der Dienststunden

Mo. – Mi.	8:30 – 16:00 Uhr
Do.	8:30 – 17:00 Uhr
Fr.	8:30 – 12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

2. Der Bescheid und die Planunterlagen sind während des Auslegungszeitraumes auch auf der Homepage der Stadt Augsburg, Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen des Umweltamts“, unter <https://www.augsburg.de/umwelt-soziales/umwelt/bekanntmachungen-umweltamt> veröffentlicht.
3. Mit dem Ende der Auslegungsfrist am 19.12.2025 gilt die Bewilligung gegenüber den übrigen Betroffenen als zugestellt (Art. 74 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG). Für diese Personengruppe beginnt die Rechtsbehelfsfrist mit dem Zeitpunkt des Ablaufes der Auslegungsfrist.

Stadt Augsburg
Umweltamt – Untere Wasserrechtsbehörde

Ortsübliche Bekanntmachung über die Auslegung der wasserrechtlichen Bewilligung vom 01.12.2025 für den Betrieb der Wasserkraftanlage „T 24“ am Neubach

Mit Bescheid vom 01.12.2025 (Az. 321-663002/027/25) wurde der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH die wasserrechtliche Bewilligung zum Aufstauen der zufließenden Wassermenge des Neubachs (ca. 16,0 bis 17,5 m³/s) auf eine Höhe von 484,14 m ü. NN am bestehenden Wasserkraftwerk T 24, Eiskanal 50, 86161 Augsburg, Flurnummer 5513/0, Gemarkung Augsburg, zur Gewinnung elektrischer Energie erteilt.

Die Auslegung des Bescheids nebst Planunterlagen wird hiermit gemäß Art. 69 des Bayerischen Wassergesetzes in Verbindung mit Art. 74 Abs. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) ortsüblich bekannt gemacht.

1. Der Bescheid und die Pläne mit Erläuterungen liegen in der Zeit vom 05.12.2025 bis einschließlich 19.12.2025 bei der Stadt Augsburg, Umweltamt, Schießgrabenstraße 4, 86150 Augsburg, 4. Obergeschoss, im Eingangsbereich, während der Dienststunden

Mo. – Mi.	8:30 – 16:00 Uhr
Do.	8:30 – 17:00 Uhr
Fr.	8:30 – 12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

2. Der Bescheid und die Planunterlagen sind während des Auslegungszeitraumes auch auf der Homepage der Stadt Augsburg, Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen des Umweltamts“, unter <https://www.augsburg.de/umwelt-soziales/umwelt/bekanntmachungen-umweltamt> veröffentlicht.
3. Mit dem Ende der Auslegungsfrist am 19.12.2025 gilt die Bewilligung gegenüber den übrigen Betroffenen als zugestellt (Art. 74 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG). Für diese Personengruppe beginnt die Rechtsbehelfsfrist mit dem Zeitpunkt des Ablaufes der Auslegungsfrist.

Stadt Augsburg
Umweltamt – Untere Wasserrechtsbehörde

Ortsübliche Bekanntmachung über die Auslegung der wasserrechtlichen Bewilligung vom 27.11.2025 für den Betrieb der Vertikalfilterbrunnen 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312 und 3313 sowie der Schachtbrunnen 3409, 3410, 3412 und 3413 im Gewinnungsgebiet Lochbach, Gemarkung Augsburg

Mit Bescheid vom 27.11.2025 (Az. 321-663002/154/22) wurde der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH die wasserrechtliche Bewilligung für den Betrieb der Vertikalfilterbrunnen 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312 und 3313 sowie der Schachtbrunnen 3409, 3410, 3412 und 3413 im Gewinnungsgebiet Lochbach, Gemarkung Augsburg erteilt.

Die Auslegung des Bescheids nebst Planunterlagen wird hiermit gemäß Art. 69 des Bayerischen Wassergesetzes in Verbindung mit Art. 74 Abs. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) ortsüblich bekannt gemacht.

1. Der Bescheid und die Pläne mit Erläuterungen liegen in der Zeit vom 05.12.2025 bis einschließlich 19.12.2025 bei der Stadt Augsburg, Umweltamt, Schießgrabenstraße 4, 86150 Augsburg, 4. Obergeschoss, im Eingangsbereich, während der Dienststunden

Mo. – Mi.	8:30 – 16:00 Uhr
Do.	8:30 – 17:00 Uhr
Fr.	8:30 – 12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

2. Der Bescheid ist während des Auslegungszeitraumes auch auf der Homepage der Stadt Augsburg, Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen des Umweltamts“, unter <https://www.augsburg.de/umwelt-soziales/umwelt/bekanntmachungen-umweltamt> veröffentlicht.
3. Mit dem Ende der Auslegungsfrist am 19.12.2025 gilt die Bewilligung gegenüber den übrigen Betroffenen als zugestellt (Art. 74 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG). Für diese Personengruppe beginnt die Rechtsbehelfsfrist mit dem Zeitpunkt des Ablaufes der Auslegungsfrist.

Stadt Augsburg
Umweltamt – Untere Wasserrechtsbehörde

Widerspruchsmöglichkeit zur Weitergabe von Meldedaten

Das Bundesmeldegesetz (BMG) vom 03.05.2013 (BGB. I S. 1084), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606), gibt in § 42 und § 50 BMG die Möglichkeit aus dem Melderegister folgende Auskünfte zu erteilen: Vor der heranstehenden Kommunalwahl am 08.03.2026 weisen wir insbesondere auf Ziffer a) nachfolgender Widerspruchsmöglichkeiten zur Weitergabe von Meldedaten hin.

a) Parteien und Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen können im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene inden sechs der Wahl oder Stimmabgabe vorangehenden Monaten Auskünfte über Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Gruppen von Wahlberechtigten übermittelt werden.

b) Mandatsträgern, Presse oder Rundfunk darf eine Auskunft über Alters- und Ehejubiläen erteilt werden (betrifft hier nur Geburtstage ab dem 70. Geburtstag und Ehejubiläen ab dem 50. Ehejubiläum).

c) An Adressbuchverlage können Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Einwohnern mitgeteilt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

d) Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften erhalten neben den Daten ihrer Mitglieder auch Daten von Familienangehörigen, die einer anderen oder keiner Religionsgesellschaft angehören.

e) Zum 01. Juli 2011 ist die allgemeine Wehrpflicht, soweit kein Spannungs- oder Verteidigungsfall vorliegt, ausgesetzt und in einen freiwilligen Wehrdienst übergeleitet worden. Frauen und Männer, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, können nun freiwillig Wehrdienst leisten. Damit das Bundesamt für Wehrverwaltung die Möglichkeit hat, über den freiwilligen Wehrdienst zu informieren, übermittelt die Meldebehörde jährlich zum 31.03. Daten von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden an das Bundesamt für Wehrverwaltung. Wir machen diesbezüglich auf die Widerspruchsmöglichkeit bei der Weitergabe von Meldedaten aufmerksam (§ 58 c Abs. 1 Soldatengesetz, § 36 Abs. 2 Satz 1 Bundesmeldegesetz).

Diesen Auskunftserteilungen unter den Buchstaben a) – c) und e) kann ohne nähere Begründung widersprochen werden. Im Falle unter Buchstabe d) gilt dies jedoch nicht, soweit Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften übermittelt werden. Bei einem Widerspruch im Falle des Buchstabens b) kann für Ehejubiläen die Erklärung auch nur von einem Ehegatten abgegeben werden.

Entsprechende Anträge sind an die Stadt Augsburg, Bürgeramt, Verwaltungszentrum, An der Blauen Kappe 18, an das Bürgerbüro Haunstetten, Tattenbachstr. 15, an das Bürgerbüro Lechhausen, Neuburger Str. 20, an das Bürgerbüro Kriegshaber, Ulmer Str. 72 sowie an das Bürgerbüro Hochzoll, Friedberger Str. 115 schriftlich (nicht fernmündlich) zu richten. Die benötigten Formulare sind in den Bürgerbüros oder über das Intranet www.augsburg.de erhältlich.

Parteiverkehrszeiten

Die Meldestelle für Deutsche und Staatsangehörige der weiteren Staaten der EU im Bürgeramt – Bürgerbüro Stadtmitte – der Stadt Augsburg, Verwaltungszentrum, An der Blauen Kappe 18, die Bürgerbüros Haunstetten, Tattenbachstr. 15, Lechhausen, Neuburger Str. 20, Kriegshaber, Ulmer Str. 72 und Hochzoll, Friedberger Str. 115 sind Montag und Dienstag von 7.45 Uhr bis 15.15 Uhr, Mittwoch von 07.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Donnerstag von 08.00 Uhr bis 17.30 Uhr und Freitag von 08.00 Uhr bis 12.30 Uhr geöffnet. Eine Vorsprache ist im Regelfall nur nach einer Terminvereinbarung möglich.

Für alle übrigen ausländischen Staatsangehörigen ist das Sachgebiet Migration und Aufenthalt, Verwaltungszentrum, An der Blauen Kappe 18, 1. Stock wie folgt geöffnet:
Von Montag bis Freitag im Regelfall nach Terminvereinbarung.

Stadt Augsburg
Bürgeramt

Richtlinie zur Ausreichung der Zuwendungen aus der U3-Bundesmittelrichtlinie an die Träger von Kindertageseinrichtungen mit U3-Plätzen im Stadtgebiet Augsburg (Förderrichtlinie U3)

Abschnitt I

Allgemeine Beschreibung des Zuwendungsbereichs

1. Zweck der Zuwendung

¹Die Stadt Augsburg gewährt im Rahmen dieser Richtlinie eine freiwillige Zuwendung an freie Kita-Träger im Stadtgebiet Augsburg, um in Zeiten von wirtschaftlichen Herausforderungen ihre finanzielle Stabilität zu unterstützen. ²Ziel ist es, die systembedingte Unterfinanzierung bzw. wirtschaftlichen Erschwernisse zu mildern.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden die Betriebskosten der Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren im Stadtgebiet Augsburg.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die freien Träger von Einrichtungen im Stadtgebiet Augsburg mit Plätzen für Kinder unter drei Jahren.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

¹Die Zuwendung erhalten ausschließlich Zuwendungsempfänger, die einen Antrag auf Abschlag bis zum 31.01.2025 und entsprechenden vollständigen Antrag auf Endabrechnung bis zum 30. April nach Ablauf des Bewilligungszeitraums (Nr. 9 dieser Richtlinie) auf kindbezogene Förderung gestellt haben. ²Die Zuwendungsempfänger sind dazu verpflichtet, unterjährige Änderungen bezüglich der belegten Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in KiBiG.web einzupflegen.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung erfolgt als Festbetragsfinanzierung.

5.2 Zuwendungsfähige Kosten

Zuwendungsfähig sind die Betriebskosten für den Platz in einer Kindertageseinrichtung, der zu Beginn der Förderung von einem Kind unter drei Jahren belegt wird.

5.3 Höhe der Förderung

5.3.1

¹Die Zuwendungsempfänger erhalten im jeweiligen Bewilligungsjahr eine einmalige Abschlagszahlung im 4. Quartal, die als getrennter Zahlungsfluss im Zuge der Abschlagszahlung für die BayKiBiG–Betriebskostenförderung ausgereicht wird. ²Der

Förderanspruch errechnet sich aufgrund der Nr. 5.3.1 und 5.3.2 der Richtlinie zur Förderung der Betriebskosten von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (U3-Bundesmittelrichtlinie).
5.3.2

¹Der Zuwendungsempfänger hat innerhalb der in Nr. 4 Satz 1 festgelegten Frist einen Antrag auf Endabrechnung zu stellen. ²Sofern die Ausschlussfrist nicht eingehalten wird, entfällt der Anspruch auf Erhalt der U3-Bundesmittel. ³In diesem Fall wird die für den Bewilligungszeitraum geleistete Abschlagszahlung zurückgefordert. ⁴Im Falle der Unmöglichkeit der Aufsichtsbehörde, den Antrag rechtzeitig zu stellen, erlischt der Anspruch des Trägers auf die beantragte Förderung.

5.3.3

¹Im Rahmen der Endabrechnung, wird der sich nach Nr. 5.3.4 der U3-Bundesmittelrichtlinie ergebende Endförderbetrag je Bewilligungszeitraum ermittelt. ²Die im Bewilligungszeitraum geleistete Abschlagszahlung wird dabei auf die sich ergebende Förderung angerechnet. ³Differenzen sind auszugleichen, d.h. war die Abschlagszahlung gegenüber dem Endförderbetrag zu hoch, hat der Empfänger den überzahlten Betrag zu erstatten. ⁴Ergibt sich hingegen ein höherer Endförderbetrag als die geleistete Abschlagszahlung, wird der Mehrbetrag durch die Stadt Augsburg ausbezahlt.

6. Vorbehalt der Ausreichung

Die Ausreichung der freiwilligen Zuwendung steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der notwendigen Mittel durch die Bundesrepublik Deutschland.

7. Mehrfachförderung

¹Eine Förderung nach dieser Richtlinie stellt keine Mehrfachförderung dar. ²Sie stellt eine zusätzliche freiwillige Zuwendung der Stadt Augsburg dar, um den finanziellen Herausforderungen aufgrund der Kostensteigerungen und bestehenden Unterfinanzierung im System der Kindertagesbetreuung mildernd entgegen zu wirken.

Abschnitt II

Verfahren

8. Bewilligungsbehörde

Die Auszahlung der Zuwendung an die freien Träger erfolgt durch die für die kindbezogene Förderung nach Art. 29 BayKiBiG zuständige Stadt Augsburg, Amt für Kindertagesbetreuung (Bewilligungsbehörde).

9. Antragstellung

Der Antrag durch den Zuwendungsempfänger erfolgt für jede Einrichtung über das Abrechnungssystem KiBiG.web im Zuge des Antrages auf Abschläge für die BayKiBiG-Betriebskostenförderung.

10. Bewilligungszeitraum

Bewilligungszeitraum ist das jeweilige Kalenderjahr.

11. Prüfung und Nachweis der Verwendung

¹Die Stadt Augsburg ist berechtigt, im Rahmen ihrer örtlichen Rechnungsprüfung die ordnungsgemäße Verwendung ihrer Zuschüsse zu prüfen. ²Dieses Prüfungsrecht erstreckt sich auf die gesamten Positionen der Haushaltsplanung einschließlich Stellenplan bzw. der Rechnungslegung, also auf sämtliche Einnahmen und Ausgaben, eigene und Fremdmittel einschließlich Rücklagen und Rückstellungen etc. und orientiert sich an den in Art. 106 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 6 GO genannten Inhalte der Rechnungsprüfung. ³Dieses Prüfungsrecht steht auch dem überörtlichen Prüfungsorgan (Bayerischer kommunaler Prüfungsverband) zu.

⁴Der Nachweis für die kindbezogene Förderung von Kindern unter drei Jahren im Rahmen des BayKiBiG gilt gleichzeitig als Nachweis der Mittelverwendung für diese Richtlinie. ⁵Die Aufsichtsbehörde (Stadt Augsburg, Amt für Kindertagesbetreuung) prüft den Nachweis der Mittelverwendung in eigener Verantwortung im Rahmen der Belegprüfung. ⁶Sie ist auch zuständig für den Widerruf von Zuwendungsbescheiden und die Rückforderung von Zuwendungen.

12. Datenschutz

¹Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 (EU-Datenschutzgrundverordnung – DSGVO), einzuhalten. ²Die jeweils zuständige Bewilligungsbehörde ist Verantwortliche im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO. ³Die Verpflichtungen aus der DSGVO (insbesondere die Betroffenenrechte und die Informationspflichten gemäß Art. 13 f. DSGVO) werden von der jeweils zuständigen Bewilligungsbehörde erfüllt.

Abschnitt III

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

13. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 01.08.2025 in Kraft.

14. Außerkrafttreten

¹Diese Richtlinie tritt spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2027 außer Kraft. ²Mit der Endabrechnung 2029 ist der Vorgang 2027 abgeschlossen.

³Die Stadt Augsburg behält sich vor, die Förderrichtlinie nach 2025 einzustellen, sofern der Freistaat Bayern die angedachte Revision der Betriebskostenförderung umsetzt.

Stadt Augsburg
Referat für Bildung und Migration

Jahresabschluss zum 31.12.2023 des AWS

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 30.10.2025 den Jahresabschluss 2023 mit einer Bilanzsumme von 111.143.393,44 Euro festgestellt und beschlossen von dem Jahresgewinn von 3.245.269,52 Euro 2.477.415,62 Euro auf neue Rechnung vorzutragen, 619.353,90 Euro in die Rücklage einzustellen und 148.500,00 Euro an den allgemeinen Haushalt der Gemeinde abzuführen.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 wurde Entlastung erteilt.

Die mit der Prüfung beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Eigenbetrieb Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die als Anlage 3 angefügte Erfolgsübersicht nach § 22 Abs. 3 EBV, die nicht Bestandteil des Jahresabschlusses ist, haben wir nicht geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Freistaates Bayern i.V.m. den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023. Wir geben kein Prüfungsurteil zu der oben genannten Erfolgsübersicht nach § 22 Abs. 3 EBV ab.
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Freistaates Bayern und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und Artikel 107 GO Bay i.V.m. § 7 KommPRV unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters und des Werkausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Freistaates Bayern in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Freistaates Bayern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Freistaates Bayern zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Werkausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Freistaates Bayern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und Art. 107 GO Bay i.V.m. § 7 KommPrV unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Erweiterung der Jahresabschlussprüfung nach § 107 Abs. 3 GO BAY

Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 befasst. Gemäß § 7 Abs. 4 Nr. 2 KommPrV haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs Anlass geben.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen des gesetzlichen Vertreters und die Geschäftspolitik zu beurteilen."

Krefeld, den 10. Dezember 2024

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Schulz
Wirtschaftsprüfer

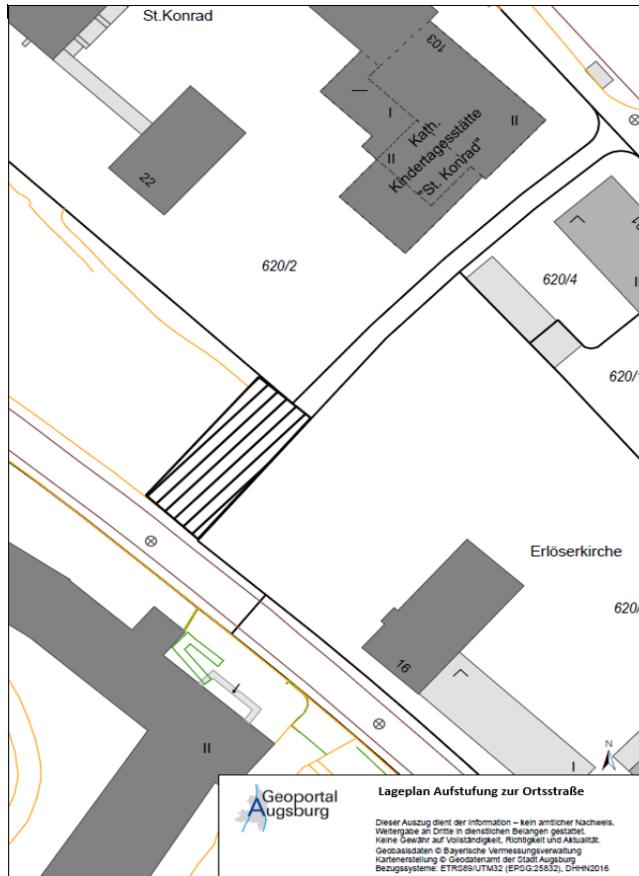
Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 und der Lagebericht liegen ab dem Tag der Veröffentlichung für jeden Interessenten an sieben Tagen während der Dienststunden im AWS, Riedingerstraße 40, Zimmer 21 zur Einsichtnahme auf.

gez.

Christian Brockmann
Werkleiter

Aufstufung eines Teilstücks des Gehwegs von der Bärenstraße zur Wertinger Straße zur Ortsstraße

Der selbstständige Gehweg „Gehweg von der Bärenstraße zur Wertinger Straße“ wird mit Wirkung vom 29.11. wegen Änderung der Verkehrsbedeutung, gemäß Art. 7 Abs. 1 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG), zur Ortsstraße aufgestuft. Die aufzustufende Strecke beginnt an der Einmündung in die Bärenstraße und endet auf Höhe der südwestlichen Grenze des Grundstücks Fl.Nr. 620/2 Gem. Oberhausen und ist im nachfolgenden Lageplan schwarz schraffiert.



Die Aufstufungsverfügung mit Begründung kann während der Parteiverkehrszeiten (Mo – Do 08.30 – 12.30, Do 14.00 – 17.30, Fr 08.00 – 12.00 Uhr) bei der Stadt Augsburg, Mobilitäts- und Tiefbauamt, Annastraße 16, Zi. 242, 132 (Tel. 324 -7446, -7492), eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Aufstufung kann **innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg
Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen**¹ Form.
 Ab dem 01.01.2022 muss der in § 55 d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- ¹ Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Umstufung eines Teilstücks des Gehwegs von der Bärenstraße zur Wertinger Straße zum Geh- und Radweg

Der selbstständige Gehweg „Gehweg von der Bärenstraße zur Wertinger Straße“ wird mit Wirkung vom 29.11. wegen Änderung der Verkehrsbedeutung, gemäß Art. 7 Abs. 1 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG), zum Geh- und Radweg umgestuft. Die umzustufende Strecke beginnt auf Höhe der südwestlichen Grenze des Grundstücks Fl.Nr. 620/2 Gem. Oberhausen und endet an der Einmündung in die Wertinger Straße. Die Fläche ist im nachfolgenden Lageplan schwarz schraffiert.



Die Umstufungsverfügung mit Begründung kann während der Parteiverkehrszeiten (Mo – Do 08.30 – 12.30, Do 14.00 – 17.30, Fr 08.00 – 12.00 Uhr) bei der Stadt Augsburg, Mobilitäts- und Tiefbauamt, Annastraße 16, Zi. 242, 132 (Tel. 324 -7446, -7492), eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Umstufung kann **innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg
Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen**¹ Form.
 Ab dem 01.01.2022 muss der in § 55 d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- ¹ Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg
 Referat 6, Mobilitäts- und Tiefbauamt

**Öffentliche Bekanntmachung eines Vorbescheides gemäß Art. 66 Abs. 2
Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)**

Die Stadt Augsburg - Bauordnungsamt - hat am 21.07.2025 folgenden Vorbescheid erlassen:

Aktenzeichen: 630/ BV-2024-54-1
 Bauvorhaben: Umbau eines Wohngebäudes und Anbau von 2 Mehrfamilienhäusern mit Tiefgarage
 Baugrundstück: Am Bogen 6
 Flur Nr.: 2990
 Gemarkung: Augsburg

Der Vorbescheid wird nach Maßgabe dieses Bescheides erteilt.
 Dieser Vorbescheid gilt drei Jahre.

Gründe:

Die Stadt Augsburg ist zur Entscheidung über den Antrag gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 2 BayBO und Art. 3 Abs. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) sachlich und örtlich zuständig.
 Das o.g. Bauvorhaben ist gemäß Art. 55 Abs. 1 BayBO genehmigungspflichtig.
 Der Vorbescheid konnte nach Maßgabe dieses Bescheides erteilt werden (Art. 71 BayBO).

Hinweis

Der Vorbescheid bezieht sich nur auf die im Antrag gestellten Fragen. Im übrigen bleibt eine Beurteilung dem endgültigen Bauantrag vorbehalten.
 Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Nachbarn wird die Zustellung des Vorbescheides durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Augsburg ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Bayerische Bauordnung).
 Der Vorbescheid einschließlich der Planunterlagen kann im Bauordnungsamt, Imhofstr. 7, 86159 Augsburg eingesehen werden.
 Hierzu ist zuvor mit der Sachbearbeiterin, Frau Thume, unter der Rufnummer 324 - 12899 ein Termin zu vereinbaren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg
 Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
 Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg -Referat 6-
 Bauordnungsamt